

INHALT

1. Neue Landesregierung reizt bei Haushaltseckwerten Schuldenobergrenze aus
2. Gegenwind aus den eigenen Reihen für Drogenpolitik der Dänen-Ampel
3. Verwirrspiel um Lang-LKW
4. Zahl der Studenten in Schleswig-Holstein hat 2011 deutlich zugenommen
5. Justizministerin Spoorendonk muss Stellung nehmen
6. Kommunen brauchen Klarheit

07.09.2012

Neue Landesregierung reizt bei Haushaltseckwerten Schuldenobergrenze aus Unklarheit über Stellenentwicklungen im Bildungs- und Polizeibereich

Mit ihren in dieser Woche vorgelegten Haushaltseckwerten für 2013 reizt die neue Landesregierung die mit dem Stabilitätsrat vereinbarte Schuldenobergrenze voll aus. Um 70 Millionen Euro soll die Neuverschuldung höher liegen als noch unter der CDU-geführten Landesregierung geplant. CDU-Finanzexperte Tobias Koch betonte, dass damit künftige Generationen durch Zins und Zinseszins in unverantwortlicher Weise belastet würden. Auch wies er darauf hin, dass die Regierung Albig auf jegliche Reserve für unvorhersehbare Ereignisse verzichte. „Künftig wird jede Sitzung des Stabilitätsrates zu Schweißausbrüchen bei den Schleswig-Holsteinischen Sitzungsteilnehmern führen, weil der Verlust von 80 Millionen Euro Konsolidierungshilfe droht“, so Koch.

Die neue Landesregierung betonte in ihrer Erklärung, ein Großteil des Geldes werde in die Bildung fließen. Insgesamt würden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bildungsinvestitionen im Wert von 700 Lehrerstellen noch weit übertroffen. Koch rechnete nach. Eine Gegenüberstellung der Tabellen in der Pressemitteilung von Finanzministerin Monika Heinold (s. Link unten) und der Übersicht der Stellenabbauplanungen aller Ressorts aus dem Februar 2012 (s. Link unten) ergebe, dass die neue Landesregierung lediglich 190 Stellen weniger abbaue. „Die Landesregierung ist aufgefordert, transparent darzulegen, wie sie auf ihre 700 Stellen kommt. Die bisherigen Erklärungen sind jedenfalls nicht überzeugend“, so der CDU-Abgeordnete.

Auch die polizeipolitische Sprecherin Astrid Damerow stolperte über Unklarheiten. „Frau Heinold hat am Dienstag von 75 Stellen im Innenministerium gesprochen. Der Vergleich mit den Stellenplanungen aller Ressorts aus dem Februar 2012 zeigt jedoch, dass tatsächlich 94 zusätzliche Stellen gestrichen werden sollen“, erklärte sie am Freitag.

Die CDU habe immer davor gewarnt, dass die Dänen-Ampel vor Kürzungen bei der Polizei nicht

zurück schrecken werde. Diese von Ministerpräsident Albig im Wahlkampf auch auf ausdrückliche Nachfrage nie dementierte Vermutung scheine nun einzutreten. Zwar habe Innenminister Breitner heute gegenüber der GdP erneut erklärt, dass es bei der Landespolizei keine Stellenstreichungen geben werde. Angesichts der vorgelegten Zahlen müsse er jedoch klar stellen, wie diese zusätzlichen Einsparungen in seinem Verantwortungsbereich alternativ erbracht werden sollen.

„Die intransparenten Angaben zu den Polizeistellen lassen jedenfalls Schlimmes befürchten! Diese Befürchtungen können nur durch eindeutige und nachvollziehbare Angaben zur Personalplanung ausgeräumt werden. Dazu fordere ich Innenminister Breitner auf“, so Damerow abschließend.

Die Haushaltseckwerte finden Sie unter folgendem Link:

http://schleswig-holstein.de/FM/DE/Service/Presse/PI/PDF/2012_neu/120904_eckwerte_blo b=publicationFile.pdf

Die Übersicht über den Stellenabbauplan finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/umdrucke/3500/umdruck-17-3519.pdf>



Tobias Koch, MdL

Gegenwind aus den eigenen Reihen für Drogenpolitik der Dänen-Ampel CDU-Fraktion sieht sich in striktem Kurs bestätigt

Nachdem an der Drogenpolitik der neuen Landesregierung durch den ehemaligen Justizminister Uwe Döring (SPD) auch deutliche Kritik aus den eigenen Reihen laut wurde, sieht sich die CDU-Landtagsfraktion in ihrem strikten Kurs bestätigt.

Am vergangenen Wochenende hatte der ehemalige SPD-Justizminister Uwe Döring durch ein Interview und einen offenen Brief die Vorhaben von SPD, Grünen und SSW zur Drogenpolitik aufs schärfste kritisiert und als „schlichten Unfug“ bezeichnet. Döring, der in seiner Zeit als Justizminister (2005-2009) die Eigenbedarfsgrenze von ursprünglich 30 Gramm auf sechs Gramm herabgesetzt hatte, bezeichnete die anvisierte Liberalisierung der Drogenpolitik als Irrglaube. Ziel müsse es sein mit Aufklärung und Prävention dafür zu sorgen, dass Jugendliche erst gar nicht mit Drogen in Verbindung kommen.

Nach Dörings deutlicher Kritik äußerte sich auch die zuständige Sozial- und Gesundheitsministerin Kristin Alheit vorsichtiger. Die Pläne die Eigenbedarfsgrenze anzuheben seien unter anderem wegen der möglichen falschen Signalwirkung zumindest diskussionswürdig, so Alheit.

In ihrer Sitzung am vergangenen Dienstag stellte die CDU-Fraktion fest, die Landesregierung verspiele in der Drogenpolitik voll und ganz ihre Glaubwürdigkeit, wenn Jugendliche vom Drogenkonsum abgehalten, im gleichen Atemzug jedoch ein Drug-Checking eingeführt und die Eigenbedarfsgrenze angehoben werden solle. „Da steht eine Ministerin, die den jungen Menschen sagt: Fang nicht an zu kiffen, aber wenn du es tust, dann darf es gerne ein bisschen mehr staatlich geprüfter Stoff sein. Da lachen sich die Jugendlichen doch kaputt“, äußerte der drogenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Volker Dornquast seine Bedenken.

Die CDU-Fraktion wird in dieser Frage Kurs halten und versuchen, in der Drogenpolitik das Schlimmste zu verhindern.



Volker Dornquast, MdB

Verwirrspiel um Lang-LKW

Landesregierung stößt dänischen Nachbarn mit Klage vor den Kopf

Erneut für Verwirrung sorgte die Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW in dieser Woche mit dem Beschluss, sich der Klage Baden-Württembergs gegen den Feldversuch mit Gigaliner vor dem Bundesverfassungsgericht anzuschließen.

Noch vor zwei Wochen (am 20.08.2012) hatten die Verkehrsminister von Dänemark, Henrik Dam Kristensen und Schleswig-Holstein, Reinhard Meyer (SPD) nach einem Treffen zur Versachlichung in der Debatte um Lang-LKW aufgerufen. Kristensen ließ sich damals in einer Pressemitteilung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums wie folgt zitieren: „Ich bin erfreut, dass nun feststeht, dass die Feldversuche mit den Lang-LKW in Schleswig-Holstein fortgeführt werden.“ Er hoffe, dass dann auch mehr dänische Unternehmen die Gelegenheit zur Teilnahme ergreifen würden.

Die Ankündigung der Landesregierung nun doch gegen den "Gigaliner- Feldversuch" zu klagen sorgte daher prompt für Verwirrung bei Politik und Wirtschaft. Die IHK kritisierte in dieser das Vorhaben der Landesregierung scharf und warf dieser eine rein ideologische Verkehrspolitik vor. Die CDU-Landtagsfraktion nahm das Vorhaben der Landesregierung zum Anlass für eine kleine Anfrage an die Landesregierung.

„Die Landesregierung muss erklären, ob sie bereits vor dem Treffen des Wirtschaftsministers Meyer mit seinem dänischen Kollegen über eine Klage nachgedacht hat oder aus welchen Gründen sie erst danach umgeschwenkt ist. Weiterhin muss geklärt werden, wieso man Kristensen in dem fälschlichen Glauben gelassen hat, der Feldversuch werde fortgeführt“, so

der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp.

Bei der Präsentation eines Gigaliners in dieser Woche bekannte sich Arp noch einmal zu den Vorteilen der Lang-LKW: „Gigaliner schonen die Umwelt, weil sie mehr Volumen mit einer Tankfüllung transportieren und sie schonen unsere Straßen, weil sie das Gewicht auf mehr Achsen verteilen. Nicht zuletzt sorgen sie dafür, dass weniger LKW auf unseren Straßen fahren“, so Arp abschließend.

Die Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums finden Sie unter folgendem Link:
http://www.schleswig-holstein.de/MWAVT/DE/Service/Presse/PI/2012_neu/120820_M_DK_LangLKW.html



Hans-Jörn Arp und Jens Christian Magnussen bei der Vorstellung eines Lang-LKW

Zahl der Studenten in Schleswig-Holstein hat 2011 deutlich zugenommen 54 Prozent der Erstsemester kommen aus Schleswig-Holstein

Nach einer Meldung des Statistikamtes Nord hat die Zahl der Studierenden im Studienjahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent zugenommen.

Mit 31 Prozent entschieden sich die meisten Erstsemester für ein Studienfach der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 23 Prozent begannen ein Studium im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften. 17 Prozent entschieden sich für Ingenieurwissenschaften. Einen Universitätsabschluss streben 52 Prozent der neuen Studentinnen und Studenten an, 43 Prozent wollen die Fachhochschule erfolgreich beenden, für den Abschluss an einer Kunsthochschule interessiert sich ein Prozent.

Entsprechend schrieben sich 40 Prozent der Erstimmatrikulierten an der Universität Kiel ein, gut zwölf Prozent an der Fachhochschule Kiel. Zehn Prozent entschieden sich für die Universität Flensburg, für die Fachhochschule Lübeck waren es neun Prozent. Die übrigen Studienanfänger verteilten sich auf die zehn weiteren Hochschulen des Landes. 54 Prozent der Erstsemester haben ihren Schulabschluss in Schleswig-Holstein gemacht, zwölf Prozent in Niedersachsen, neun Prozent in Hamburg und vier Prozent aus Nordrhein-Westfalen. Neun Prozent wiesen eine ausländische Hochschulzulassungsberechtigung vor.

Sie finden die Statistik unter:

<http://www.statistik-nord.de/publikationen/publikationen/presseinformationen/dokumentenansicht/studienanfaengerinnen-und-anfaenger-in-schleswig-holstein-im-studienjahr-2011-1/>

Justizministerin Spoorendonk muss Stellung nehmen

Vorwurf der Einflussnahme auf Richterentscheidung durch das Justizministerium

Am kommenden Mittwoch muss Justizministerin Anke Spoorendonk im Innen- und Rechtsausschuss Stellung zu Vorwürfen der Einflussnahme auf eine Richterentscheidung nehmen, die in dieser Woche gegen einen Abteilungsleiter ihres Ministeriums laut wurden.

Hintergrund ist die Entscheidung einer Amtsrichterin in Neumünster, die Überwachung eines verurteilten und als unbelehrbar eingestuften 72 Jahre alten Straftäters nicht zu verlängern, ohne diesen vorher anzuhören. Anwohnern und Nachbarn war daraufhin am vergangenen Freitag der Abbruch der Überwachung aufgefallen.

Laut auf Information einer Richtervereinigung beruhenden Medienberichten soll ein Abteilungsleiter des Justizministeriums den Direktor des Amtsgerichts Neumünster angerufen haben. Der Abteilungsleiter habe damit gedroht, den Namen der Richterin zu veröffentlichen, wenn nicht umgehend im Wege der Einstweiligen Anordnung die Observation wieder angeordnet werde. Das habe der Direktor als Vertreter der zuständigen Richterin und an ihr vorbei nach diesem Telefonat dann getan.

Das Ministerium wies diese Vorwürfe zurück. Zwar habe es ein Telefonat gegeben. Das Justizministerium habe sich lediglich jedoch aus Anlass aktueller Presseberichterstattung über den Verfahrensstand berichten lassen.

CDU-Justizexpertin Barbara Ostmeier bezeichnete die Vorwürfe als schwerwiegend. Gerade in solch hochemotionalen Fällen dürfe die Trennlinie der Gewaltenteilung auf gar keinen Fall überschritten werden. Deshalb sei es richtig und wichtig, dass die Justizministerin in der kommenden Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses zu den Vorwürfen Stellung nehme.

„Ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit durch das Justizministerium ist unter gar keinen Umständen zu akzeptieren. Diese Aussage muss sowohl am Anfang als auch am Ende der Sitzung des Ausschusses stehen. Jeder Zweifel daran, dass nicht entsprechend dieses Grundsatzes gehandelt wurde, muss durch die Justizministerin ausgeräumt werden“, erklärte Ostmeier.



Barbara Ostmeier, MdL

Kommunen brauchen Klarheit

CDU-Fraktion beantragt Bericht der Landesregierung zur Zukunft des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Dänen-Ampel die ersatzlose Streichung des Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetzes vereinbart. Bis heute ist die Landesregierung jedoch jede Erklärung schuldig geblieben, wie den Kommunen bei der Entschuldung zukünftig unter die Arme gegriffen werden soll. Daher hat die CDU-Fraktion für die kommende Tagung des Schleswig-Holsteinischen-Landtags einen Bericht der Landesregierung zu dem Thema beantragt.

„SPD, Grüne und SSW schaffen das Gesetz ohne Not ab. Die Landesregierung hat es in den vergangenen Monaten nicht geschafft, eine dringend benötigte Alternative für die Kommunen zu entwickeln“, so die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Petra Nicolaisen.

Nach dem Willen der CDU-geführten Vorgängerregierung sollten finanzschwache Kommunen bis 2021 jährlich 95 Millionen Euro zur Konsolidierung ihrer Haushalte erhalten. Auf dem Weg dahin mussten verschuldete Städte und Kreise einen harten Konsolidierungskurs einschlagen. Deshalb wurden Hilfen an den Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags mit dem Land geknüpft. Mit 75 Millionen war der größte Teil für die 18 Städte und Kreise mit den größten Defiziten vorgesehen. Dies sind die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Neumünster und Flensburg, die Kreise Dithmarschen, Herzogtum Lauenburg, Nordfriesland, Ostholstein, Pinneberg, Plön und Schleswig-Flensburg sowie die kreisangehörigen Kommunen Lauenburg, Schwarzenbek, Pellworm, Elmshorn, Pinneberg, Uetersen und Bad Segeberg.

Ursprünglich hatten SPD, Grüne und SSW in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, die Konsolidierungshilfe für Kommunen zu streichen und die Gelder dem Landeshaushalt zurückzuführen. Dies scheint jedoch nicht mehr uneingeschränkte Meinung der Regierung zu sein. So erklärte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben, bereits Ende Juni: „Das Thema muss zügig angegangen werden. Vorher gab es sehr starke Kritik an diesem Gesetz und jetzt wo es weg ist kommt das große Bedauern und alle wollen es zurück haben.“

„Die Kommunen brauchen endlich eine klare und verlässliche Unterstützung auf ihrem schwierigen Weg der Haushaltskonsolidierung. Es liegt an der Landesregierung jetzt endlich Farbe zu bekennen“, so Nicolaisen abschließend.



Petra Nicolaisen, MdB

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de